**Schülerarbeiten zur Musterklausur des Schwerpunktthemas II**

**(mit Ausnahme der geänderten Aufgabe 2)**

**Schülerarbeit A:**

**Aufgabe 1: Analysieren Sie M 1 (Karikatur).**

Die Karikatur aus der „Main-Post“ vom 12.08.1950 mit dem Untertitel „Die beiden Michel: „‘Du bist ´ne Marionette!‘“ setzt sich kritisch mit der Einbeziehung der beiden neugegründeten deutschen Staaten in die Interessensphären ihrer jeweiligen Besatzungsmächte auseinander.

Die Aufmachung der Karikatur ist eher schlicht, da es keinen ausgestalteten Hintergrund gibt. Im Vordergrund stehen sich zwei Marionetten gegenüber und zeigen mit dem Finger aufeinander. Beide tragen eine Zipfel- oder Schlafmütze auf dem Kopf und sind so als deutsche Michel zu erkennen. Außerdem sind beide Michel an Händen und Füßen mit Schnüren „ferngesteuert“, wobei beim rechtsstehenden Michel die Hand des Marionettenspielers, aufgrund der kürzeren Schnüre, noch zu sehen ist. Gesichtsausdruck und Armhaltung sind hämisch und das Gegenüber verspottend.

Beide stehen nur auf den Fersen. Die Kleidung der Michel ist, bis auf das Hammer-und-Sichel-Zeichen auf der Brust des rechtsstehenden Michel identisch. Des Weiteren werfen beide Michel einen Schatten nach rechts, das Licht kommt also aus Richtung des linken Michels. Aufgrund des Zeichens auf der Brust und der „östlicheren“ Position steht der rechte Michel für die DDR, wohingegen der „westlicher“ stehende linke Michel die BRD repräsentiert.

Die kürzeren Schnüre, an denen der „DDR-Michel“ geführt wird, sind ein Zeichen für die – nach Meinung des Zeichners – größere Unselbstständigkeit der DDR und deren strengere Kontrolle durch die Sowjetunion. Trotzdem kritisiert der Karikaturist der bundesdeutschen „Main-Post“ nicht ausschließlich die DDR, sondern gleichermaßen auch die BRD: Zum einen legt die Darstellung als Marionette in beiden Fällen Fremdbestimmung – durch die alliierten Mächte – nah, die durch den unsicheren Fersenstand – die beiden jungen Staaten haben, so die Botschaft, keinen sicheren Stand, sie nicht auf ihren „eigenen Beinen“ stehen – noch unterstrichen wird, und zum anderen lässt die kindische Pose des aufeinander Zeigens den Protagonisten mangelnde Selbstreflexion attestieren.

Nach Meinung des Karikaturisten sind sich die beiden deutschen Nachkriegsstaaten ähnlicher, als sie selbst wahrhaben wollen. Beide spiegeln durch die Fixierung auf den jeweils anderen den beginnenden Kalten Krieg wider, lenken dadurch aber auch von ihren eigenen Problemen in der Zeit kurz nach ihrer Gründung ab, was vom Karikaturisten kritisch gesehen wird.

 (……./ 14 VP)

**Aufgabe 2: Stellen Sie die Phasen der innerdeutschen Beziehungen zwischen 1949 und dem Ende der 1980er Jahre dar.**

Die Beziehung der beiden deutschen Staaten war im Kontext des Kalten Krieges und der Blockbildung immer wieder von Phasen der Anspannung bzw. Entspannung gekennzeichnet. Beide bewegten sich zunächst hauptsächlich im – von den USA und der Sowjetunion – abgesteckten Rahmen des Kalten Kriegs.

Man kann die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen allerdings grob in vier Phasen einteilen: Die erste Phase beginnt 1949 mit den Staatsgründungen. Von diesem Zeitpunkt an gab Konrad Adenauers Ziel zwar die im Grundgesetz festgeschrieben Wiedervereinigung als primäres politisches Ziel vor, doch ordnete er sie zunächst der weitaus dinglicher erscheinenden Westintegration unter. So beschränkten sich die innerdeutschen Beziehungen bis Mitte/Ende der 1950er Jahre bedingt durch die Westintegration der BRD bzw. die Ostintegration der DDR auf ein Minimum. Unterbrochen wurde diese Phase kurzzeitig 1952 von den Stalinnoten, die ein scheinbares Angebot zur Wiedervereinigung enthielten, allerdings um den Preis der Neutralität des vereinigten Deutschland und deshalb von Adenauer und dem Westen als „Bauernfängerei“ abgetan wurden. Wie „ernst“ oder besser wie wenig ernst die DDR und die UdSSR ihr Angebot, den Kalten Krieg zu überwinden, tatsächlich nahmen, zeigte dann die gewaltsame Niederschlagung des Volksaufstands vom 17. Juni 1953, in dem sich nicht nur der Unmut über die schlechte Wirtschaftslage der DDR, sondern auch die Freiheits- und Wiedervereinigungswünsche der DDR-Bürger Bahn brachen. Äußerst entscheidend für das weiterhin frostige Klima zwischen DDR und BRD war außerdem das Selbstverständnis der beiden deutschen Staaten. Während die Bundesrepublik am Alleinvertretungsanspruch festhielt, die völkerrechtliche Anerkennung der DDR verweigerte und durch die Hallstein-Doktrin (1955) zu verhindern suchte, bestand die DDR zunächst auf der Zwei-Staaten-eine-Nation-These und auf der völkerrechtlichen Anerkennung durch die BRD.

Ihren Höhepunkt erreichte die Konfrontation durch den Mauerbau im August 1961. War bis zu diesem Zeitpunkt wenigstens das „Berliner Tor“ in den „freiheitlichen Westen“ noch geöffnet gewesen, so mauerte der vermeintliche „antifaschistische Schutzwall“ die DDR-Bürger vollends in ihrem „Staatsgefängnis“ ein. Dieser Höhepunkt des Kalten Kriegs in Deutschland markierte mit der Kuba-Krise als seinem weltweit bedeutsamsten Höhepunkt zugleich seinen Wendepunkt: denn nachdem die Politik des Kalten Krieges so knapp an einer Katastrophe vorbeigeschrammt war, begannen die Supermächte sich zu besinnen und allmählich auf eine Politik des „Tauwetters“ zu setzen. Dies gilt nur sehr eingeschränkt für die Haltungen der beiden deutschen Staaten während der Regierungszeiten von Ludwig Erhard (1963-1966) und Kurt Georg Kiesinger (1966-1969): Zwar gingen sie auf die Regierungen des Ostblocks ein Stück weit zu und vereinbarten erste Wirtschaftsabkommen und nahmen sogar mit Rumänien diplomatische Beziehungen auf, aber die Politik blieb überschattet von der mangelnden Kompromissbereitschaft gegenüber der DDR, der weiteren Verweigerung der völkerrechtlichen Anerkennung und den fortdauernden Aufrüstungsphasen des Kalten Kriegs.

Diese zweite (Zwischen-)Phase endete erst 1969 mit dem Beginn der Kanzlerschaft Willy Brandts. Er signalisierte Verhandlungsbereitschaft und den Willen, von einem Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen, durch Beziehungen „der besonderen Art“. Von Ulbricht wurde dieses Angebot positiv aufgenommen, und es kam zu ersten gegenseitigen Besuchen in Kassel und Erfurt. Die bundesdeutsche Außenpolitik setzte die Hallstein-Doktrin außer Kraft und ersetzte sie durch die Scheel-Doktrin. Einen Dämpfer erhielt die Entspannung im Mai 1971 durch die Ersetzung Ulbrichts durch Honecker, der einen radikaleren Kurs in Richtung Klassenfeindschaft einschlagen wollte; verhindert wurde dies jedoch durch Moskau, das sehr an der Entspannung interessiert war. So kam es 1971 – im Rahmen der sogenannten Ostverträge – zum ersten Staatsvertrag zwischen der BRD und der DDR, dem Verkehrsvertrag. Schließlich markierte der Grundlagenvertrag (1972), der die Existenz der DDR de facto, aber nicht hat de jure anerkannte, den Höhepunkt der wechselseitigen Annäherung.

In der vierten Phase der innerdeutschen Beziehungen führten sowohl Helmut Schmidt (1974-1982) als auch Helmut Kohl (1982 ff.) die Entspannungspolitik fort. Im Laufe der 1. und vor allem der 2. Ölkrise unterstützte die BRD die DDR durch finanzielle Hilfen (innerdeutscher Handel, Häftlingsfreikauf, Strauß-Kredit) und vertiefte die diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu allen Ostblockstaaten, außer Albanien.

Die „friedliche Revolution“ in der DDR, die die Politiker der BRD ebenso überraschte wie die DDR-Führung, sowie die Wiedervereinigung nach dem Zusammenbruch der DDR setzte schließlich den Schlusspunkt unter die gut vier Jahrzehnte dauernden deutsch-deutschen Beziehungen.

 (……./12 VP)

**Aufgabe 3: Analysieren Sie M 2 und vergleichen Sie M 2 mit M 3.**

Die „Erklärung von Teilnehmern am Treffen der ‚Vereinigten Linken‘ in Böhlen bei Leipzig vom 13. Oktober 1989“ aus „Wir sind das Volk. Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution“ von Charles Schüddekopf befasst sich mit dem zukünftigen Kurs der Vereinigten Linken nach den ersten Großdemonstrationen in der DDR.

Ausgangspunkt und Anlass für diesen Text sei die Tatsache, dass viele Menschen nach Ausbruch der Unruhen – in Anlehnung an Lenins berühmte Revolutionsschrift – nicht wüssten, „was nun zu tun sei“ (Z. 2). Es sei Zeit, auf „Druck“ (Z. 5) der Bevölkerung hin nun „selbst etwas zu ändern“ (Z. 6). An dieser Stelle wird ausdrücklich auf die drohende Gefahr, dass die „Enttäuschung“ (Z.12) der Menschen dazu führen könne, dass sie sich vom Sozialismus abwenden (Z.13), hingewiesen. Auch „wichtige soziale[.] Errungenschaften“ (Z. 9) seien gefährdet, wenn man nicht selbst aktiv werde.

Außerdem verweisen die Autoren auf die Sowjetunion, die man als Verbündeten (Z. 16) betrachten müsse, im Ringen um „sozialistische Demokratie, Freiheit und Volkssouveränität“ (Z. 17). Die durch Gorbatschow eingeleiteten Perestroika und Glasnost zur Demokratisierung der SU und des Ostblocks würden durch ihre Umsetzung in der DDR zudem weiter unterstützt.

Die politische Führung sei mit ihrem Kurs gescheitert (Z. 22), was zur Gründung diverser „Bürgerinitiativen“ (Z. 25) – wie etwa das „Neue Forum“ (Z. 24) – geführt habe, die ihren Kampf auf den „Kampf um das freie Wort“ (S. 24), also Meinungsfreiheit, Pressefreiheit etc., beschränken würden.

Ziel der „Vereinigten Linken“ hingegen sei, Schaden von der Bevölkerung abzuwenden (Z. 25/26) und somit – ganz dem Jargon des Klassenkampfes verhaftet – ein Kampf der „Werktätigen in Betrieben“ (Z. 28), denn sie trügen die „Hauptlast“ (Z. 29). Daher sei die Forderung der „Vereinigten Linken“ ein Zusammenschluss in den Betrieben (Z. 32), um „unabhängige[.]“ Ausschüsse und Kommissionen zu schaffen, die ihre Interessen selbst verträten, beispielsweise in Form von „Betriebsräten“ (Z. 35).

Abschließend wird an alle „Sozialisten“ (Z. 33) appelliert, zusammenzuarbeiten und Differenzen im Sinne der Rettung der DDR beizulegen. Insgesamt scheint die „Vereinigte Linke“ zwar am Konzept des Sozialismus unbedingt festhalten zu wollen, doch sie scheint auch bereit, Gorbatschows Reformen, die von der SED abgelehnt werden, umsetzen zu wollen. Ihre leichte Kritik an der Beschränktheit des Kampfes des „Neuen Forums“ zeigt allerdings auch, dass Reformen nicht zu weit gehen sollen und Betriebe und Arbeiter immer noch im Fokus sind. Angesichts des fortgeschrittenen Datums, 13. Oktober 1989, und angesichts des Ortes, Leipzig, erscheint dieses Konzept in keinerlei Relation zu den gewaltigen Montagsdemonstrationen zu stehen.

Dieses Wahlplakat der „Allianz für Deutschland“ vom März 1990 hing in Ost-Berlin und wurde im Rahmen der Wahlen und der Wiedervereinigung Deutschlands vom „Demokratischen Aufbruch“ (DA), der „Deutschen Sozialen Union“ (DSU) und der „Christlichen Demokratischen Union“ (CDU) veröffentlicht. Es handelt sich um ein Textplakat: Der Text lautet: „Nie wieder Sozialismus – Ja! – Freiheit und Wohlstand – Allianz für Deutschland – DA/DSU/CDU“.

Das „JA“ ist in den Farben Schwarz, Rot und Gold der deutschen Flagge nachempfunden. „Allianz für Deutschland“ ist in Rot gedruckt, der Rest in Schwarz. Außerdem ist alles in Druckbuchstaben geschrieben.

Dieses Plakat steht in direktem Zusammenhang mit der Grenzöffnung der DDR und der Wiedervereinigung. Die Parole „Nie wieder Sozialismus“, die ganz oben auf dem Wahlplakat zu sehen ist, steht in direktem Widerspruch zur nur fünf Monate zuvor verfassten Erklärung der „Vereinigten Linken“. Wurde dort die Abwendung vom „Weg des Sozialismus“ (Z. 13) gefürchtet und mit dem Verlust „sozialer Errungenschaften (Z. 9) in Verbindung gebracht, so erscheint auf dem Wahlplakat die Parole „Nie wieder Sozialismus“ ein Versprechen für „Freiheit und Wohlstand“ zu sein. Da dieses Plakat in Ost-Berlin zu finden war, versagte die „Vereinigte Linke“ offenbar in ihrem Bestreben, den „gescheiterten Kurs […] der politischen Führung“ (Z. 22) aufzuhalten und „Kosten“ (Z. 25) von der Bevölkerung abzuwenden.

Auffällig auf dem Wahlplakat ist das „Ja!“. Zum einen ist es größer gedruckt als der restliche Schriftzug und zum anderen in den Farben der deutschen Trikolore abgebildet. Das „Ja!“ steht in der Mitte zwischen den Schriftzügen „Nie wieder Sozialismus“ und „Freiheit und Wohlstand“, sodass unklar ist, zu was „Ja!“ gesagt werden soll. Er erinnert fast an die Suggestivfragetaktik der SED, denn zu „Freiheit und Wohlstand“ sagt niemand nein und gleichzeitig stimmt man damit der zweiten Forderung („Nie wieder…“) automatisch zu. Die Farbgestaltung des „JA!“ macht außerdem deutlich, dass dieses auch ein „Ja!“ zur deutschen Wiedervereinigung bedeutet.

Auch die Erklärung der „Vereinigten Linken“ bietet „sozialistische Demokratie, Freiheit und Volkssouveränität“ (Z. 16) als Lockmittel an, allerdings mit der Bedingung des Erhalts der sozialistischen Ordnung.

Des Weiteren ist auf dem Wahlplakat nicht nur eine in der DDR gegründete Gruppe der Friedens- und Protestbewegung, das „Neue Forum“, genannt, sondern auch ostdeutsche Schwesterparteien bundesdeutscher Parteien: die neugegründete DSU als „Ableger“ der CSU und die von Beginn der DDR an existierende Ost-CDU. Der „Kampf um das freie Wort“, der von der „Vereinigten Linken“ für wichtig, aber nicht entscheidend gehalten wurde, sei durch das „Neue Forum“ und „andere […] Bürgerinitiativen“ (S. 24) begonnen worden. Dass der DA nun in einer „Allianz für Deutschland“ zu finden ist, widerlegt die Einschätzung der „Vereinigten Linken“, dieser Kampf sei nicht entschieden genug.

Alles in allem haben Plakat und Erklärung also gegenteilige Ziele, Erhalt bzw. Vernichtung des Sozialismus, unterscheiden sich aber in der Art der Präsentation dieser Ziele und den Gefahren bzw. Konsequenzen, die aus dem Verfehlen eben dieser Ziele resultieren würden, kaum.

 (……../18 VP)

**Aufgabe 4: Über Sie unter Einbeziehung von M 1 bis M 3, inwieweit die deutsche Einheit auf ein Scheitern des sozialistischen Systems zurück-zuführen ist.**

Bis zur deutschen Einheit war es ein langer Prozess, an dem viele Mächte und Faktoren beteiligt waren. War jedoch die deutsche Einheit ein Resultat des Scheiterns des sozialistischen Systems?

In den ersten Jahren nach der Gründung von BRD und DDR war sicher der Kalte Krieg, der Hauptfaktor, der die deutsche Wiedervereinigung verhinderte. Der Kampf der westlichen Ideologie mit der des Ostens wurde am offensichtlichsten innerhalb Deutschlands ausgetragen. Dazu passend zeigt die Karikatur M 1 die mangelnde Selbstkontrolle der deutschen Staaten und die mehr oder minder starke Abhängigkeit von den beiden Supermächten. Doch als die beiden deutschen Staaten zunehmend souverän wurden und gefestigt in ihre jeweiligen Blöcke eingebunden waren (vgl. z.B. die Pariser Verträge von 1954), setzte eine zarte Annäherung ein. Durch den zunehmenden Kontrast der einst zusammengehörigen deutschen Staaten besonders im wirtschaftlichen Bereich stieg die Unzufriedenheit in der DDR. Planwirtschaft, Verstaatlichung, Kollektivierung und Kontrolle brachten den DDR-Bürgern keinen Wohlstand. Im Gegenteil, die Schere zwischen Ost und West öffnete sich in wirtschaftlicher Hinsicht immer weiter. Die Ölkrisen brachten die DDR schließlich an den Rand eines Staatsbankrotts. Diese wirtschaftlichen Faktoren sind sicherlich durch die Wirtschaftstheorie des Sozialismus bestimmt und attestieren ihm eine Mitschuld am Scheitern der DDR.

Doch war vor allem Honeckers Weigerung gegenüber Gorbatschows Reformplänen für die zunehmende Diskrepanz zwischen sozialistischer Theorie und politischer Praxis ausschlaggebend. Eine Grundlage des Sozialismus ist beispielsweise die Gleichbehandlung aller Bürger; es sollen keine ungleichen Chancen geben, doch in der Realität gab es eine Zwei-Klassen-Gesellschaft in der DDR. Hinzu kamen die Unfreiheit durch die Mauer, angedeutet durch M 3, der ständige Vergleich mit der BRD und die staatliche Überwachung durch die Stasi.

Insgesamt ist die DDR also, meiner Meinung nach, nicht nur wegen des sozialistischen Systems und dessen Scheiterns, sondern auch, und zwar vor allem, wegen der schlechten Umsetzung und der Reformverweigerung des Sozialismus durch die SED gescheitert. Ohne ein Scheitern der DDR aber, denke ich, hätte es bis zur deutschen Einheit vielleicht noch Jahrzehnte gedauert, denn durch die zunehmende Entspannung der innerdeutschen Beziehungen, schien eine friedliche Koexistenz bis zur endgültigen diplomatischen Einigung durchaus möglich.

 (……../16 VP)

Insgesamt (……../60 VP)